

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

20 (21.1.1890)

Beilage zu Nr. 20 der Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 21. Januar 1890.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 18. Jan. Ausführlicher Bericht über die in der 12. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer stattgehabte Berathung der Petition des Demokratischen Vereins in Mannheim, die Herabsetzung der Liegenschaftsaccise betr. (Vergl. Nr. 18 der „Karlsruher Zeitung“.)

Namens der Petitionskommission erstattet Bericht der Abg. Klein-Wemheim. Derselbe hebt aus dem Zahlenmaterial, welches für die Beurtheilung der Petition wichtig ist, hervor, daß in den letzten Jahren die Liegenschaftsaccise 2 1/2 Millionen Mark ertragen habe und daß im Jahre 1884 hieran die 20 größeren Städte des Landes, obgleich auf die der Seelenzahl nach nur etwa 1/3 entfalle, mit 36 Proz. des Gesamtetrags theilhaftig gewesen seien. Dieses Verhältnis habe sich in den folgenden Jahren noch weiter in der Weise verändert, daß nach einer annäherungsweise Berechnung der Beitrag der Städte sich jetzt auf 45–50 Prozent belaufe. Redner berichtigt sodann einen auch in dem gedruckten Kommissionsbericht enthaltenen Irrthum, wo behauptet ist, daß kein deutscher Staat eine höhere Liegenschaftsaccise bestimme als Baden; in Elsaß-Lothringen betrage dieselbe jedoch 5 Proz., also das Doppelte wie bei uns. Die von den Petenten angeregte Frage sei im Hause schon vielfach erörtert worden. Die Kommission verkenne nicht die Bedenken, die gegen die fragliche Steuer sprächen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen empfehle sich aber die Beibehaltung der Steuer, die seit 78 Jahren sich eingelebt habe und im Wesentlichen ohne großen Widerspruch getragen werde. Jedenfalls sei zuzuwarten, bis die berufene Vertretung der Städte, der Städtetag, über den zweiten in der Petition aufgeführten Punkt, welcher die Ueberweisung der Hälfte des Ertrags an die Gemeinden betrifft, sich werde geäußert haben. Durch die beantragte Maßregel werde leicht ein Gegensatz zwischen Stadt und Land geschaffen, welches letztere mit Recht eine Ueberwälzung der allgemeinen Lasten auf das Land fürchte. In den größeren Städten werde gerade durch die Warten des Staats eine Preissteigerung hinsichtlich der Liegenschaften hervorgerufen; der Staat trage also hier dazu bei, höhere Werthe zu schaffen. Auf der anderen Seite würde die Herabsetzung der Accise eine vermehrte Spekulation zur Folge haben, ein Vortheil würde aber dem Spekulant und nicht den Erwerbern der Liegenschaften zufließen. Als ein eigentliches Hemmnis des Verkehrs könne die Steuer überdies nicht gelten. Am meisten Schwierigkeiten bereite die Frage des Ersatzes für den Ausfall. Ein Ausgleich durch Steigerung des Verkehrs sei nicht zu erwarten. Um den Ausfall zu decken, müßte eine Erhöhung der Einkommensteuer um 2 Proz. eintreten, wofür wohl Niemand den jetzigen Zeitpunkt für geeignet halten werde. Deshalb stelle die Kommission den Antrag:

Das Haus wolle über die vorliegende Petition zur Tagesordnung übergehen.

Abg. Geldreich steht auf dem Standpunkt der Kommission und hält es aus finanziellen Gründen für unthunlich, dem Antrag der Petenten stattzugeben. Ein Blick in das Budget zeige ein starkes Anwachsen der Ausgaben und es stünden noch weitere Ausgaben in Aussicht, die der Staat zu lösen haben werde. Angesichts dessen sei es gewagt, eine Einnahmequelle wie die Liegenschaftsaccise zu verstopfen. Die Frage des Ersatzes aber sei eine schwierige, da eine Erhöhung der direkten Steuern ihre sehr mißlichen Seiten habe. Die Liegenschaftsaccise sei eine Steuer, die im Allgemeinen von den Bemittelten getragen werde. Wenn man einmal die Summe von

2 1/2 Millionen übrig habe, so werde man dieselbe besser zur Entlastung der untersten Einkommensteuereklasse verwenden.

Abg. Muser hat wenig Hoffnung, daß die heutige Berathung ein anderes Resultat ergebe, als die Kommission beantrage. Es handle sich heute nicht um die Lösung der in der Petition behandelten Frage, sondern um die Anregung, daß die Regierung die Frage einer Prüfung unterziehe. Die Schwierigkeiten, welche der Aufhebung oder doch wesentlichen Reduktion der Liegenschaftsaccise im gegenwärtigen Momente entgegenstehen, verkennt Redner nicht; gleichwohl befürwortet er eine empfehlende Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Kenntnisaufnahme. Die Regierung möge prüfen, ob der sich ergebende Ausfall anderswo gedeckt werden könne. Wenn man das Irrationale und volkswirtschaftlich Schädliche der Steuer anerkenne, so könne man nicht für einfachen Uebergang zur Tagesordnung stimmen. Im Jahre 1831 habe die damalige Kammer trotz der ungünstigen Finanzlage den viel weitergehenden, auf Aufhebung der Liegenschaftsaccise gerichteten Antrag der Regierung zur thunlichsten Berücksichtigung überwiesen. Auf die Frage, ob bei einer Reduktion der Steuer nicht durch Steigerung des Liegenschaftsverkehrs ein Ausgleich statfinde, wolle er nicht eingehen; der Vordredner habe dies indirekt zugegeben, indem er von einer zu erwartenden vermehrten Spekulation gesprochen habe. Der in Kommissionsbericht erwähnte Grundsatz von der Stabilität des liegenschaftlichen Besitzes könne nicht ausschlaggebend sein. Dagegen müßte man zugeben, daß die Deckung des Ausfalls Schwierigkeiten bereite; eine Verbitterung auf dem Lande sei aber namentlich dann nicht zu befürchten, wenn man auch dem zweiten Theil des Antrags, Ueberweisung eines Theils der Liegenschaftsaccise an die Gemeinden stattgebe; auch sei dies insbesondere den Städten gegenüber ein Akt der Billigkeit. Die Liegenschaftstage komme ferner auch dann zum Ansatz, wenn ein Kaufvertrag erst nach Ablauf einer gewissen Zeit wieder rückgängig gemacht werde. Dies könne wirtschaftlich nachtheilige Folgen haben. Redner kommt sodann auf die Erbschaftsaccise zu sprechen, deren Befestigung er für den Fall der Beerbung von Geschwistern wünscht, und verwendet sich ferner für Ermäßigung der Kaufbriestaxe, die zu der Thätigkeit der richterlichen Beamten, für welche sie angelegt werde, in keinem Verhältnis stehe.

Redner hat beabsichtigt, einen Antrag auf Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Kenntnisaufnahme zu stellen, unterläßt dies aber, da er hierfür nicht die nach der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung seitens zweier weiterer Mitglieder des Hauses findet.

Abg. von Stoesser erklärt sich im Gegensatz zum Vordredner für den Antrag der Kommission, und zwar aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen. Er habe bei der Durchlesung der Petition einen überaus peinlichen Eindruck erhalten; er habe erwartet, daß, wenn man eine so wichtige Frage vor die Volksvertretung bringe, man dabei mit mehr Umsicht und Gewissenhaftigkeit in der Darstellung der Verhältnisse verfare, als dies hier der Fall sei; und gerade von einem Verein, der für das Volkswohl einzutreten vorgebe, hätte man das erwarten dürfen. Auf die von der Kommission und dem Abg. Geldreich schon erörterte Frage, ob man denn auf die Einnahme aus der Liegenschaftsaccise verzichten könne, wolle Redner nicht eingehen. Man erweise der Petition zu viel Ehre, wenn man aus diesem Anlasse die gesamten Budgetverhältnisse einer Erörterung unterziehe. Es sei auffallend, daß die Petition gerade in einem Zeitpunkt eingereicht werde, wo von derselben Partei die Meinung verbreitet werde, daß man eigentlich schon

seit längerer Zeit im Lande mit einem Defizit wirtschaftliche. Die Stabilität des liegenschaftlichen Besitzes sei für die Petenten ein veralteter Begriff; dies berühre eigenthümlich in einer Zeit, wo eine starke Gruppe um das Volkswohl besorgter Männer, deren Koryphäen demokratische Namen trügen, die Liegenschaften dem allgemeinen Verkehr zu entziehen und dem Staatseigenthum zu überweisen trachteten. Nach Redners Ansicht werde für das Staatswohl besser gesorgt, wenn der Verkehr mit Liegenschaft erschwert, als wenn er erleichtert werde. Dies erkenne auch die Gesetzgebung an, indem sie den Verkehr mit Liegenschaften anders regelt als den mit Mobilien. Der Vorwurf, daß die Gemeinden durch Ausgaben für Schulen, Armen- und Krankenunterstützung, insbesondere durch das Unterstützungswohnzugesetz, sehr belastet wurden, nehme sich in der Petition mit der Unterschrift eines demokratischen Vereins sonderbar aus. Dem Unbemittelten sei ein Recht auf Unterstützung verliehen, und wenn der Demokratische Verein dieses Vorgehen der Gesetzgebung beklage, so kennzeichne das genügend den Geist der Petition.

Redner bespricht sodann in eingehender Weise die Folgen, welche die Aufhebung der Liegenschaftsaccise haben würde, und weist nach, daß dies weder im Interesse der ländlichen Bevölkerung liege noch den weniger bemittelten Einwohnern der Städte einen Vortheil brächte, sondern nur einzelne Wenige aus einem raschen Liegenschaftswechsel Nutzen ziehen würden. Man müsse sich nummern, daß ein solcher Antrag gerade aus einer Stadt gestellt werde, wo die Wohnungsnoth zu polizeilichen Maßregeln geführt habe; denn das im Falle der Aufhebung der Liegenschaftsaccise voraussichtlich eintretende Steigen der Liegenschaftspreise müßte auch ein Steigen der Wohnungsmiethen zur Folge haben. Wenn aber auch die Lage des Staatshaushalts einmal gestattete, auf einen solchen Ertrag, wie ihn die Liegenschaftsaccise bringe, zu verzichten, so müsse man viel eher auf eine allgemeine Erleichterung der Steuerlasten Bedacht nehmen.

Die Liegenschaftsaccise werde auch lange nicht mehr so drückend empfunden, wie früher. Man habe den ihr anhaftenden Fehler jeither einigermaßen ausgeglichen durch Besteuerung des Verkehrs mit beweglichem Gute, wie dies durch die Wechselstempelsteuer und Börsensteuer geschehe.

Nach einer Bemerkung über die Kaufbriestaxe, die sich als eine Gebühr für eine geistige Arbeitsleistung darstelle und, gleichwie die Anwaltsgebühren auch, nach dem Werthe des Objekts bemessen würden, schließt Redner mit empfehlenden Worten für den Kommissionsantrag.

Abg. Kiefer: Mit Ausnahme vielleicht von Sachsen gäbe es in ganz Deutschland keinen Staat, wo das Steuerwesen eine so rationelle Ausgestaltung erfahren habe, als bei uns. Bei Behandlung von Steuerreformfragen müsse man daher eine bessere und tiefergehende Darstellung, eine genauere Prüfung und Abwägung verlangen, als dies in der Petition geschehen sei. Redner beleuchtet kurz die historische Entwicklung des Accisensystems und bemerkt sodann, daß bei allen Steuerreformfragen der Gegenwart auf die Rückwirkung der finanziellen Verhältnisse des Reichs Rücksicht zu nehmen sei. Selbst im Jahre 1831, wo eine sehr freisinnige Regierung und eine sehr freisinnige Volksvertretung sich mit der Frage befaßt hätten, habe man übrigens sich nicht zur Aufhebung der Liegenschaftsaccise entschlossen; auch jetzt sei hierzu nicht der geeignete Zeitpunkt. Redner hofft, daß noch der gegenwärtige Landtag Gelegenheit haben werde, sich mit der Frage der Besserung der Einkommensverhältnisse der Lehrer zu befassen. Deshalb solle man die Staatseinnahmen nicht um 2 1/2 Millionen vermindern.

aus ihrer Umfassung los. „Eins ist gewiß, daß die hydraulischen Fahrstühle mitunter kraftlos werden und dann stecken bleiben.“

Die Umarmungen, Begrüßwünsche, Fragen und Antworten wollen jetzt kein Ende nehmen. Das Lustspiel ist, daß man einander aufzieht, nicht eher an dies einfache Mittel gedacht zu haben. Später droht der Friede noch die bekannte Eifersucht von Mrs. Miller gehört werden zu sollen. Die Frau des Hauses läßt sich durch den Ketter zur Tafel geleiten, darauf folgen die Damen Curwen und Miller, die zusammengehen und ihre Gatten hinterher gehen lassen, weil man sich über den Vorrang nicht hatte einigen können. Die muthwillige Mrs. Curwen konnte es doch nicht unterlassen, ihrer Begleiterin noch einen kleinen Stich zu geben, indem sie derselben sagt: „Ach, sprechen Sie nicht von vorhin, Ihr Herr Gemahl war während der fürchterlichen Augenblicke im Fahrstuhl so liebenswürdig und freundlich, daß ich ihm nicht dankbar genug dafür sein kann.“

A quelque chose malheur est bon! Dieses alte französische Sprichwort sollte auch hier seine Befestigung finden. Denn der junge Bemis sagt, freilich etwas zögernd, zu Miss Lawton:

„Im Fahrstuhl haben Sie mich, Sie nicht allein zu lassen. Meinten Sie damit niemals? Ich bitte, antworten Sie mir, mein Lebensglück hängt davon ab.“

Da Miss Lawton mit ihrer Antwort zögert, wiederholt er seine Frage noch einmal dringlicher.

„Aber wenn ich nun wünschte, Sie niemals zu verlassen, würden Sie mich dann fortlassen?“

„Jedenfalls nicht, wenn ich im Fahrstuhl säße.“

Dies werden sie durch Mrs. Roberts gehört, die ihnen zuruft:

„Kommt Ihr endlich, Ihr Nachzügler.“ Kaum aber übersteht sie die Situation, als sie sich mit einem „Oh, vergeißt“ zurückzieht. Die jungen Leute folgen ihr unmittelbar; bei Tisch wechseln sie noch manch vertrauliches Wort und das Ende vom Liede . . . nun, der Leser weiß es schon.

C. G.

Im Fahrstuhl.

Nachdruck verboten.

Frei nach dem Englischen. (Schluß.)

Mrs. Roberts macht es nicht besser. Daß wahrhaftig vor Angst ergreift sie ihren Gemahl beim Arm und ruft verzweifelt: „Verschweige mir Nichts. Wo ist Willis, ist er zurück? Und Tante Mary. Sage nur nicht, daß sie im Fahrstuhl ist! Sage nicht, daß sie dort hängt zwischen Himmel und Erde, wie . . .“

Wie der Sarg des Propheeten. — Ha — ha — ha!“ lacht der Doktor.

„Ei doch nicht närrisch, Agnes!“ klingt es nun aus dem Fahrstuhl. „Ich ste hier gut und sicher.“

Dies gibt gerade zur rechten Zeit eine erwünschte Reaktion. Mrs. Roberts beruhigt sich ein wenig und beginnt mit allerlei Fragen. Nachdem sie genügende Auskunft erhalten, sagt sie:

„So thue doch jetzt etwas, Edward, hole sie heraus.“

„Aber beiläufig, sofort, sofort!“ Gerade in diesem Augenblick stürzt Mr. Curwen die Treppen herauf, außer Athem von seinem Lauf nach Hause und zurück. Alle klammern sich an ihn um Hilfe. Anfangs bleibt er ruhig, aber als er hört, daß seine Frau auch mit drinnen ist, ergreift er voll Verzweiflung die Gitterthür und will sie losreißen. Mr. Roberts und der Doktor hindern ihn aber daran.

„Was wollen Sie beginnen!“ ruft der Doktor, „dadurch machen Sie die Sache nur ärger!“

„Laßt mich, laßt mich,“ ruft Mr. Curwen und trachtet sich zu befreien. „Laßt mich mit meiner Frau sprechen.“

„Ach, Edward“, schmeichelt Mrs. Roberts unter Thränen, „hindere ihn daran nicht. Denke nur, wenn ich dort säße.“

„Meinetwegen kann er die ganze Nacht mit seiner Frau reden, wenn er nur das Haus nicht abbricht“, sagt Mr. Roberts und läßt ihn los.

Während die beiden Gatten Curwen jetzt einander Versicherungen und Bertröstungen zuschreien, erschallt eine elektrische Glocke.

„Entsetzlich,“ rufen die Damen, „was wird jetzt geschehen?“

„Es ist Jemand unten und schellt um den Fahrstuhl“, sagt der Junge.

„Was ihn zum Teufel gehen“, rufen Alle wie aus einem Munde.

Inmitten all' dieses Trubels kommt Mr. Curwen zu einer Entdeckung, über welche der Doktor wieder zum größten Entsetzen der Gesellschaft in unbändiges Lachen ausbricht. Er hat freilich den guten Handschuh mit acht Knöpfen mitgebracht, aber von einer verkehrten Farbe. Plötzlich fällt in diesem Augenblicke Mr. Campbell wie eine Bombe aus der Luft in die Gesellschaft.

Noch halb auf der Treppe ruft er schon: „Ich kann Niemand und Nichts finden, keine Tante Mary und keinen Fahrstuhl. Ich habe geschickt, bis mir die Finger weh thaten.“

„Das will ich wohl glauben,“ sagte Mrs. Roberts, „Beide sigen, oder vielmehr hängen hier und können weder herauf noch hinunter.“

„Und das Facit,“ fällt der Doktor ein, „Ihr sollt und werdet der rettende Engel sein.“

Bedachtam geht Mr. Campbell an's Gitter und ruft nach unten: „Zieht das Ding in die Höhe!“

„Das können wir nicht!“ ruft man von unten.

„Dann laßt ihn hinunter!“ Hurrah! . . . Da geht er, er ist los!“

„Kommt jetzt wieder nach oben!“ ruft Campbell so laut er kann.

„Danke herzlich! Wir haben genug davon und klettern jetzt lieber die hundert Stufen hinauf.“

Stöhnend und nach Athem ringend, kommt jetzt die Gesellschaft nach oben. Mrs. Roberts fällt inzwischen ihrem Bräuder um den Hals. „O! Willis, das ist eine Fügung des Schicksals.“

„Fügung oder gesunder Verstand,“ sagt dieser und macht sich

Redner sei auch Vertreter einer der größeren Städte, er könne sich aber einem so wenig erwogenen Vorschlage, wie ihn die Mannheimer Petition enthalte, nicht anschließen. Da ein sicherer Weg des Erfasses für den Fall der Aufhebung der Liegenchaftsaccise nicht gezeigt sei, am wenigsten von den Petenten selber, so empfehle er die Annahme des Kommissionsantrags.

Abg. Kirchbauer hat vielfach Gelegenheit, mit der Landbevölkerung in Berührung zu kommen; er habe aber nie Klagen vernommen über die Liegenchaftsaccise. Wohl aber würden häufig Klagen laut über die Gemeindeumlagen, deren Höhe allerdings sehr verschieden, aber nicht selten weit drückender seien als die Staatssteuern. In dieser Beziehung würde aber durch den Antrag der Petenten keine Abhilfe geschaffen. Auch eine theilweise Ueberweisung der Liegenchaftsaccise an die Gemeinden würde eine wesentliche Milderung hinsichtlich des Umlagegesetzes nicht herbeiführen. Daß die größeren Städte einen gewissen Vortheil davon haben würden, sei richtig; noch mehr aber würde dadurch dem Spekulationsgeist, der schon mannigfach zu ungesunden Verhältnissen geführt habe, Vorschub geleistet. Den sich ergebenden Ausfall könne die Staatskassa nicht tragen, ohne daß Ertrag durch andere Einnahmen geschaffen würde. Die Steuerobjekte seien aber bekanntlich sehr rar und für Erhöhung der bestehenden Steuern werde wohl Niemand im Hause eintreten wollen. Redner hat sich gewundert, daß die Bittsteller nicht auch die Verhältnisse in dem demokratisch regierten Frankreich in Betracht gezogen hätten, wo der Liegenchaftswechsel mit 5½ Prozent belastet sei. Ähnlich liege die Sache auch in Elsaß-Lothringen. Nicht außer Acht dürfe man ferner lassen, daß bei uns das Hypothekensystem besser als in dem Nachbarreiche geordnet sei, insbesondere was die Rechtssicherheit anlangt. Redner wäre der Regierung dankbar, wenn Mittel und Wege gefunden werden könnten, um die Gemeinden zu entlasten; der in der Petition vorgeschlagene Weg sei aber hierzu nicht geeignet. Redner wird daher für den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. Muser nimmt die Petenten gegenüber den ihnen vom Abg. v. Stoesser gemachten Vorwurf des Mangels an Umsicht und Gewissenhaftigkeit in Schutz und verlangt Beweise für diesen Vorwurf. Derselbe treffe indirekt auch die Kommission, denn diese habe — abgesehen von der Frage der Dedung des Ausfalls — die Berechtigung des Antrags anerkannt. Die Frage sei rein sachlich zu behandeln und es komme nicht in Betracht, daß sie von einem demokratischen Verein angeregt sei. Der Abg. v. Stoesser möge doch seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die Lebensmittelzölle aufgehoben würden. Mit einer Herabsetzung der Anwaltsgebühren bei sehr hohem Streitwerthe sei auch Redner einverstanden. Bezüglich der Kaufverträge wiederhole er, daß die Thätigkeit des Beamtens der freiwilligen Gerichtsbarkeit hier von keiner Bedeutung sei.

Abg. Fieser richtet zunächst an die Großh. Regierung die Aufforderung, sie möge ihren prinzipiellen Standpunkt der Frage gegenüber darlegen, damit es nicht den Anschein gewinne, als sei sie mit der Petition einverstanden. Im Gegensatz zur Ansicht der Petenten und des Abg. Muser, welche auch in der Kommission einigen Anklang gefunden zu haben scheine, halte er die Liegenchaftsaccise für eine ganz rationale Steuer; denn sie erschwere den Verkehr mit Liegenchaften, was namentlich der wilden Spekulation in Liegenchaften und der besonders im Gekretis häufigen sog. Hofmezzerei gegenüber von hohem Werth sei. Angesichts dieser günstigen Wirkung könne man sich über theoretische Bedenken hinwegsetzen, um der ungesunden Bauwuth in einzelnen Städten zu steuern, würde sich unter Umständen sogar eine Erhöhung der Liegenchaftsaccise empfehlen. Redner gibt der Vermuthung Ausdruck, daß hinter der Petition sich andere Interessen als gerade politisch-demokratische sich verbergen könnten.

Von der Aufhebung der Liegenchaftsaccise werde Niemand einen Nutzen haben, jedenfalls nicht der Staat. Der Abg. Muser verlange außerdem auch noch die Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel. Was an die Stelle zu setzen sei, habe der genannte Abgeordnete nicht mitgetheilt. Es sei aber zu wünschen, daß der Abg. Muser sein gesamtes finanz-politisches Programm entwickle. Redner kritisiert sodann das von demokratisch-freimüthiger Seite vertretene Projekt einer Reichs-Einkommenssteuer. Zwischen der Petition und den von der Demokratie sonst vertretenen Grundfragen sei ein Zusammenhang nicht zu erkennen. Redner wird für Uebergang zur Tagesordnung stimmen, weil die Liegenchaftsaccise nicht entbehrt werden kann und diese Steuer überdies auch vortheilhaftige Wirkungen hat.

Ministerialdirektor v. Teuffel erklärt, die Großh. Regierung habe durchaus keinen Grund, dem Kommissionsantrage entgegenzutreten. Redner wolle die ohnedies stark in Anspruch genommene Zeit des Hauses nicht zu Erörterungen über die theoretische und praktische Berechtigung der Liegenchaftsaccise benutzen; die Ansichten hierüber hätten sich übrigens in den letzten Jahrzehnten gegen früher wesentlich verändert. Wenn aus dem Hause ein anderer als der Kommissionsantrag gestellt worden wäre, würde Redner schon früher in die Debatte eingegriffen haben.

Abg. Friedrich führt aus: Er habe es selber mit erlebt, wie zu Anfang der 70er Jahre die Bewegung zu Gunsten der Aufhebung der Liegenchaftsaccise durch die Landbevölkerung in das Haus getragen wurde; damals seien die Zwangsveräußerungen von liegenchaftlichem Besitz sehr häufig gewesen und deshalb die Steuer als eine besonders drückende Last für den ländlichen Grundbesitz empfunden worden. Der Ermäßigung der Liegenchaftsaccise, wofür bei Kammer und Regierung Geneigtheit bestand, sei jedoch damals die ungünstige finanzielle Lage

im Wege gewesen. Jetzt gehe die Bewegung von den großen Städten aus. Redner habe auch schon anderwärts Stimmen in gleichem Sinne gehört. Der Abg. von Stoesser habe nicht allzuhart über die Begründung der Petition geurtheilt; wenn der Abg. Muser das Material selber geprüft hätte, würde er auch gefunden haben, was Jedem sofort in die Augen springt, daß nämlich in der von den Petenten angegebenen Zahl auch die Summe der im fraglichen Jahre bezahlten Erbschafts- und Schenkungsaccise inbegriffen ist. Redner erinnert ferner daran, daß das demokratische Regiment in Mannheim i. Jt. das Octroi in exorbitanter Weise erhöht habe, während jetzt die Demokratie sich auf das Entschiedenste gegen die Besteuerung der Lebensmittel durch Zölle erkläre. Sodann bespricht Redner die starke Bewegung in Liegenchaftswerten, welche hier in Karlsruhe zu bemerken ist, wo in einem Jahre auf den Kopf der Bevölkerung 10 M. Liegenchaftsaccise bezahlt wurden. Ohne daß Ertrag für die letztere geschaffen werde, könne man die Frage der Aufhebung nicht kurzer Hand erledigen. Viel mehr als hier über die Werthtätze beschwere man sich über die Anwaltsgebühren. Redner erklärt sich gleichfalls für den Kommissionsantrag.

Abg. v. Stoesser kann es schonend nicht anders als einen Mangel an Umsicht und Gewissenhaftigkeit auf Seiten der Petenten bezeichnen, daß sie in ihrer Eingabe bezüglich des Ertrags der Liegenchaftsaccise eine ganz falsche Ziffer angeführt haben, und ebenso, wenn darin von einer Ueberwälzung von Lasten durch den Staat auf die Gemeinden die Rede sei; eine solche habe thatsächlich nicht stattgefunden, die angeführten Beispiele paßten nicht. Endlich sei es ein Mangel an Umsicht und Gewissenhaftigkeit, wenn in der Petition behauptet werde, trotz der Herabsetzung der Liegenchaftsaccise und der Ueberweisung eines Theils des Ertrags an die Gemeinden würde die Staatskassa keinen Ausfall erleiden. Redner widerlegt diese Behauptung auf Grund der im Statistischen Jahrbuch enthaltenen Angaben über die Liegenchaftsveränderungen in Mannheim und Karlsruhe. Bezüglich der Kaufverträge kommt Redner nochmals darauf zurück, daß diese nicht, wie behauptet worden, für die bloße Unterschrift gegahlt werde, sondern für die dem Beamtens der freiwilligen Gerichtsbarkeit obliegende und jeweils auch stattfindende gewissenhafte Prüfung des Kaufvertrags hinsichtlich seiner rechtlichen Erfordernisse.

Da der weiter zum Worte gemeldete Abg. Muser bereits zweimal gesprochen hat, befragt der Präsident der Geschäftsordnung gemäß das Haus, welches die nochmalige Zulassung des Genannten zum Wort genehmigt.

Abg. Muser erklärt sich dem Abg. Fieser gegenüber jederzeit bereit, sein Programm in ausführlicher Weise zu entwickeln; Abschaffung der Zölle auf Lebensmittel sei einer der wesentlichsten Grundsätze der demokratischen Partei; denn diese Zölle vertheueren die Lebensmittel, wie Redner durch einen Hinweis auf die Differenz zwischen Transitzöllen und Einfuhrzöllen, sowie auf den Umständen, daß die Grenzbewohner ihren Bedarf an bestimmten Nahrungsmitteln vorzugsweise im Ausland eintausen, darzutun sucht. Schließlich verwahrt sich Redner dagegen, daß man den Petenten unlautere Motive unterzuschreiben veruche, und wird vom Präsidenten belehrt, daß dies von seiner Seite geschehen sei.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Der Berichterstatter erhält das Schlusswort und berichtigt zunächst die Behauptung des Abg. Muser, als habe die Kommission mit den Petenten das Irrationale der Liegenchaftsaccise anerkannt; nach einigen weiteren Erwidierungen auf die Ausführungen einzelner Redner wiederholt der Berichterstatter den Kommissionsantrag, welcher bei der sich anschließenden Abstimmung einstimmig angenommen findet.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 20. Januar.

* (Der „Staats-Anzeiger“ für das Großherzogthum Baden) Nr. 2 enthält: Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs betr. Dienstaufsichten. Verfügungen und Befehlsanordnungen der Staatsbehörden: des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts: das Stammgut der Freiherrenfamilie v. Gemmingen-Guttenberg-Gemmingen und den Gerichtsvollzieherdienst in Heidelberg, den Rechtsanwalt Max Pfeiffer in Vahr betreffend; des Ministeriums des Inneren: die Verleihung der Körperschaftsrechte an die Harmoniegesellschaft in Freiburg und die Wahlen zum Reichstag betreffend. Todesfälle.

○ Offenburg, 17. Jan. (Gesellschaftsablage. — Konzerte. — Fabrikthätigkeit. — Landwirtschaftliches. — Markt.) Im Hinblick auf die hier neuerdings zahlreicher auftretenden Erkrankungsfälle wurden die meisten gesellschaftlichen Veranstaltungen, wie Bälle, Konzerte, aufgehoben, manche auch auf die Zeit nach Oken oder bis zum Frühjahr verschoben. So mußte kürzlich das Konzert des Männergesangsvereins Konfordia abgesagt werden, bei dem die Opernsängerin Fräulein Henriette Poly von Freiburg und der Pianist Herr Theodor Pfeiffer ihre Mitwirkung gütigst zugesagt hatten. Um so angenehmer berührte die Nachricht, daß Herr Franz Fink von hier demnächst in einem Konzerte hier auftreten wird. Derselbe war nach Absolvierung des Stuttgarter Konservatoriums längere Zeit in der Reichshauptstadt anlässlich, um sich selbst in der Kunst des Violinspiels zu vervollkommen. Ueber seine Leistungen spricht sich der Violinvirtuose Joachim höchst anerkennend aus. — In Engenbach ist die Malzfabrik der Herren Sohler und Komp. bereits fertig gestellt und soll in nächster Zeit dem Betriebe übergeben werden. — Der bis jetzt normale Verlauf des Winters war für die Landwirtschaft recht günstig und es erlitten die in Haus und Hof, Wiesen und Feld notwendigen Geschäfte keine Unterbrechung. Gegenwärtig läßt die hiesige Gemeindeverwaltung Weidenkulturen in größerer Ausdehnung anlegen. — Die bisherige milde Witterung läßt auf die Bienenwälder eine nicht unangenehme Wirkung aus. — Die Fruchtenernte betrug am letzten Markttage 6312 Kilo. Davon wurden 2387 Kilo Weizen, 1264 Kilo Halbwitzen, 841 Kilo Korn, 269 Kilo Hafer, 1083

Kilo Gerste, 82 Kilo Welschkorn, im Ganzen also 5917 Kilo, und zwar zu folgenden Preisen für je 100 Kilo verkauft: Weizen zu 21 M. 50 Pf., Halbwitzen zu 19 M. 25 Pf., Korn zu 18 M. 25 Pf., Hafer zu 14 M. 75 Pf., Gerste zu 18 M. 65 Pf., Welschkorn zu 14 M. 50 Pf.

○ Schopfheim, 17. Jan. (Der hiesige Frauenverein) hatte anlässlich des Ablebens Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta eine Beileidsadresse an Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin nach Berlin gesandt. Als Antwort hierauf langte am gestrigen Tage folgendes Telegramm hier an:

Stadtpfarrer von der Floe, Schopfheim.
Ich bitte Sie, dem Frauenverein Schopfheim meinen herzlichsten Dank für die meinem Schmerze gewidmete Theilnahme auszusprechen. Treue Mitempfindung ist die einzige Tröstlerin für meinen unerfeglichen Verlust, den Gott mir tragen helfen wolle. Im festen Glauben an seine Barmherzigkeit und Liebe.
Großherzogin.

7. Konstanz, 17. Jan. (Dankeaktionen. — Arbeiterfortbildungsverein. — Influxion.) Von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin ist heute nachstehendes Telegramm als Antwort auf eine seitens der Damen des Vorstandes des Gustav-Adolf-Frauen- und Jungfrauenvereins an Höchstselbe abgegebene Beileidsadresse eingelaufen:

Frau Ministerialrath Engelhorn! Empfangen Sie als Vorsitzende des Frauen- und Jungfrauen-Gustav-Adolf-Vereins in Konstanz meinen aufrichtigen Dank für alle mir dargebrachte warme Mitempfindung meines tiefsten Schmerzes, mit welchem sich die wehmüthige Erinnerung der mit meiner heimgegangenen Mutter verbrachten schönen Stunden am Bodensee verbindet.
Großherzogin Luise.

Aus dem Großherzoglichen Geheimen Kabinett hat der erste Vorsitzende des Höhgau-Militärverbandes, Herr Professor Conrad, heute folgendes Schreiben erhalten: „Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin hat der Vorstand des Höhgau-Militärverbandes mittelst Schreibens vom 9. d. M. seine tiefempfundene Theilnahme ausgesprochen, welche derselbe dem herben Verluste widmet, der Höchstselben durch das Hinscheiden Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta erwachsen ist. Ihre Königlichen Hoheiten haben diese werthe Beileidsäußerung in höchstem Maße dankend empfunden und lassen dem Höhgau-Militärverband für seine werthe Kundgebung aufrichtigen Dank sagen. Im höchsten Auftrage: Sternberg.“ — Bei der Generalversammlung des hiesigen Arbeiterfortbildungsvereins wurden die bisherigen Ausschussmitglieder, mit Herrn Schlossermeister Schulz als Vorstand an der Spitze, zum größten Theile wieder gewählt und auch die Herren Buchdruckereibesitzer Reng und Kaufmann Riedinger als Beisitzer wieder bestätigt. Nach dem Rechenschaftsbericht betragen die Einnahmen 1054 M., die Ausgaben 561 M., die Zahl der Mitglieder ungefähr 200. Die 400 Bände umfassende Vereinsbibliothek wurde von den Mitgliedern stark benützt. — Die Influxion ist fast im Abnehmen begriffen. Am Großh. Gymnasium, das gestern seinen Unterricht wieder aufnahm, schen noch etwa 40 Schüler, während an der Realschule, welche nicht geschlossen wurde, der Krankenstand geringer ist als in anderen Jahren um diese Zeit. Die Zahl der Abwesenden beträgt 3 Proz. Beim Militär sind keine Influxionsfranke mehr vorhanden.

Verschiedenes.

8 Straßburg, 17. Jan. (Bonderstädtischen Sparkasse. — Arbeitsvermittlung. — Vom Münster. — Elektrische Beleuchtung. — Eisenbahnfall.) Nach einem Bericht des Vorstandes der Rädischen Sparkasse befinden sich die Geschäfte derselben in normaler Entwicklung. Die Summen der Guthaben betraffen sich am 31. März 1889 auf 12 123 295 M. (+ 817 600 M. gegen das Vorjahr) in 41 768 Sparkastensbüchern (+ 2885). Die Einführung der Pfennigsparmarken hat sich nach dem Bericht für Straßburg nicht bewährt. Dagegen ist die Nachfrage nach Wohnungen in den Arbeiterwohnhäusern der Sparkasse immer sehr lebhaft. Von verschiedenen Städten sind Erlundigungen über die betreffenden Wohnhäuser eingegangen worden in der Absicht, ebenfalls Arbeiterwohnungen nach demselben System zu erbauen. — Eine anerkannterwerthe Einrichtung hat unsere Armenverwaltung durch Gründung einer Arbeitsvermittlungsfelle geschaffen. Seitens der Arbeiter wird diese Vermittlung sehr lebhaft in Anspruch genommen und es ist auch bisher gelungen, etwa der Hälfte der Arbeit Suchenden Arbeitsgelegenheit nachzuweisen. — Von den umfangreichen Ausbesserungsarbeiten, welche für unser Münster in Angriff genommen sind, nimmt namentlich die Erneuerung der Gasmaulereien besonderes Interesse in Anspruch. Durch elementare Ereignisse hat mitgenommen, wurden jene Rinnwerke durch unskillverliche Behandlung namentlich im vorigen Jahrhundert in bellagener Weise entstellt. Zeit sollen diese Rinnwerke nach den alten Mustern von bewährten Meistern erneuert werden. Der Plan, das Innere des Münsters elektrisch zu beleuchten, geht seiner Verwirklichung entgegen; eine Probebeleuchtung hat bereits stattgefunden und hat in ihrer Wirkung die maßgebenden Stellen befriedigt. Auch sonst erfreut sich die elektrische Beleuchtung, welche auf einigen wenigen Hauptplätzen und Hauptstraßen der Stadt seit einiger Zeit eingeführt ist, allgemeiner Anerkennung. Eine Ausdehnung derselben ist jedoch durch den mit der Gasanstalt abgeschlossenen Vertrag vorerst noch erschwert. — Gestern ereignete sich am hiesigen Metzgerhof-Bahnhof ein schweres Unglück. Ein von Rehl kommander Güterzug entgleiste und es wurden dabei mehrere Wagen zertrümmert; leider ist ein Wagenrevisor aus Bischheim bei Straßburg unter den Trümmern begraben worden. Drei andere Beamte wurden verletzt.

* Sedan, 17. Jan. (Oberst Lebel), der Erfinder des nach ihm genannten Gewehres, ist nicht gestorben; Veranlassung zu der unbegründeten Nachricht von seinem Tode, die in den letzten Tagen durch die Presse ging, hat offenbar ein Herzleid gegeben, das bei dem Oberst Lebel in letzter Zeit in beunruhigender Weise aufgetreten ist.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 21. Jan. 9. Ab.-Vorst. „Er muß auf's Land“, Lustspiel in 3 Akten, nach dem Französischen von Friedrich. Anfang 7/7 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Schwarze Seidenstoffe von 95 Pfg.

bis 18,65 v. Met. — glatt, gestreift u. gemustert (ca. 180 versch. Dual.) — versch. roben- und hüchweise vortort. u. zollfrei das Fabrik-Depot G. Henneberg (R. u. K. Hofliefer.) Zürich. Muster umgehend. Briefe kosten 20 Pf. Porto.